

Buchbesprechungen

Thomas Nowotny

DIPLOMACY AND GLOBAL GOVERNANCE. The Diplomatic Service in an Age of Worldwide Interdependence, Rutgers NJ 2011, Transaction Publ., 314 S., 43,99 EUR.

Die Ursprünge der modernen Diplomatie, die Einrichtung von Botschaften in den Gastgeberländern und die Formation eines bis ins 19. Jahrhundert vor allem aus Aristokraten gebildeten diplomatischen Personals sind Folge der Herausbildung der Nationalstaaten in Europa seit dem Ende des Mittelalters. Die in den Gastgeberländern akkreditierten Diplomaten hatten neben ihrer Aufgabe, zwischenstaatliche Verhandlungsprozesse vorzubereiten und dann auch bei den Verhandlungsgesprächen zu assistieren, vor allem die Funktion als „Augen und Ohren des Herrschers“, d.h. sie sollten interessante und nützliche Fakten über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sammeln und diese Informationen dann in ihr Heimatland übermitteln. Im 20. Jahrhundert hat nun diese politisch vor allem in internationalen Krisensituationen wichtige und mit sehr hohem Sozialprestige verbundene Funktion und Stellung der diplomatischen Klasse deutlich an Einfluss verloren. Durch die Kontinente überspannende Revolution in der Informationstechnologie kann der diplomatische Apparat längst nicht mehr mit Informationsspezialisten in der Journalistik und in der Wissenschaft Schritt halten. Gleichzeitig erschweren die sozial abgehobene Position der Lebens- und Berufsverhältnisse und die in Etikette und Kommunikation weiterlebenden elitären Traditionen eine Anpassung an die neuen politischen Gegebenheiten und die zivilgesellschaftlichen Akteure in der modernen Demokratie. Hinzu kommt, dass die entscheidenden Verhandlungen in der internationalen Politik in einer immer stärker von Regierungschefs und ihren Beratern und weniger von Außenministern und Diplomaten bestrittenen Gipfeldiplomatie vor sich gehen.

Thomas Nowotny, der wichtige Positionen in der österreichischen Diplomatie, als politischer Konsulent und Analytiker der OECD, der Europäischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau bekleidet hat und auch für Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen an der Universität Wien habilitiert ist, hat in einem führenden US-amerikanischen Verlag ein Buch publiziert, das ein äußerst anschauliches Bild von den strukturellen Veränderungen in der internationalen Politik und der Rolle der Nationalstaaten sowie der daraus resultierenden Krise der traditionellen Diplomatie vermittelt. Thomas Nowotny hat seine kritischen Gedanken und Argumente zu den überholten Formen und dem Verhaftet-Sein der Diplomaten an einem nicht mehr zeitgemäßen Bild von Politik und vom internationalen System bereits vor mehr als 20 Jahren in einem

Schwerpunkt-Themenheft der *Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft* zur österreichischen Außenpolitik (ÖZP 1988/2) zur Diskussion gestellt (sein Beitrag wurde damals übrigens auf der Titelseite der konservativen *Die Presse* aufgeregt als „Rebellion im Außenministerium“ kommentiert).

In seinem Buch stützt Thomas Nowotny seine kritische Position zur traditionellen bilateralen Botschafter-Diplomatie auf eine breit angelegte Untersuchung der Transformation der Aufgaben und der Position der Nationalstaaten durch den Internationalisierungsprozess und die Herausbildung eines Systems der „Global Governance“. Die Aufrechterhaltung eines vor allem für kleinere Staaten außerordentlich kostenreichen weltweiten Netzes von Botschaften sei im Zeitalter einer rasant zunehmenden globalen Interdependenz nicht mehr ausreichend für eine effiziente Vertretung der Interessen der Nationalstaaten. Mit und durch eine zunehmende Anzahl von wichtigen internationalen Akteuren (internationale Organisationen, internationale NGOs, multinationale Konzerne) hat sich ein neues internationales Regelsystem herausgebildet, das prinzipiell stärker auf Beziehungs- und Verhandlungsmuster von Kooperation und gegenseitigem Vertrauen ausgerichtet ist. Durch diese strukturellen Veränderungen in der internationalen Politik – Thomas Nowotny hat diese Prozesse in einem 2004 erschienenen Buch *Strawberries in Winter: On Global Trends and Global Governance* (Nowotny 2004) ausführlich analysiert- verschob sich der wichtigste Aufgabenbereich der Diplomaten auf den Bereich der multilateralen internationalen Politik, auf Verhandlungsprozesse in internationalen Organisationen und globalen Konferenzen. Diplomaten können, so die zentrale These des Buches, durch ihre Ausbildung und ihre Kompetenz in Verhandlungstechnik und im Zusammenführen spezialisierter Sichtweisen von Ministerien wieder an Relevanz und politischer Bedeutung gewinnen, wenn sie ihr Wissen und ihre Fähigkeiten als „Facilitators“ und als „Sherpas“ der führenden politischen Akteure in diesem Prozess der Formierung einer neuen globalen Ordnung einsetzen.

Eine sinnvolle Anpassung und Umstrukturierung des diplomatischen Dienstes würde nun darin bestehen, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen und organisatorischen Ressourcen vom derzeitigen traditionellen System der bilateralen Diplomatie in die Stärkung der Zentralen in den Hauptstädten, in die Außenministerien umgeleitet und umgeschichtet werden. Mit einem Informationssystem, das alle Möglichkeiten der modernen Informationstechnologie nützen kann, durch eine Ausbildung von regionalen und thematischen Spezialisten und durch eine stärkere Kooperationsbereitschaft mit Vertretern anderer Fachministerien, wissenschaftlichen Institutionen, den Medien

und mit der Zivilgesellschaft könnten die diplomatischen Repräsentanten wiederum eine Schlüsselrolle in der effizienten Koordination und Bündelung der nationalen Zielsetzungen und Interessen in den internationalen Verhandlungsprozessen zurückgewinnen. Ein bestimmtes Mindestmaß an Botschaften sei sicherlich dadurch aufrechtzuerhalten, dass die konsularischen Aufgaben durch den gestiegenen Tourismus und die Ausweitung der Auslandsaktivitäten nationaler Unternehmen zunehmend wichtiger geworden sind. Aber die Vertretung von Staatsangehörigen und heimischen Firmen könnte zumindest für die Mitgliedsländer der Europäischen Union durch das durch den Vertrag von Lissabon geschaffene „European External Action Service“ kostengünstiger organisiert werden.

Das Buch von Thomas Nowotny ist zweifellos ein sehr interessanter und außerordentlich diskussionswürdiger Beitrag für eine Neubestimmung von Diplomatie und internationaler Interessenvertretung des Nationalstaates im Kontext des Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesses. Die Publikation besichtigt vor allem durch die Kombination von sehr pointierten und zuweilen sehr selbstkritischen Reflexionen über die persönlichen beruflichen Erfahrungen des Autors mit einer historisch wie empirisch umfassend und kompetent angelegten politikwissenschaftlichen Untersuchung der Auswirkungen des Internationalisierungsprozesses auf Nationalstaat und Diplomatie. Ob die Diplomaten wirklich eine Chance haben, eine Chance bekommen, die vom Autor konzipierte Rolle als „Brückenbauer der internationalen Kooperation“ auszufüllen und zu realisieren? Ein Blick auf den beklagenswerten Zustand, in dem sich der österreichische diplomatische Dienst und das Außenministerium, konfrontiert mit einschneidenden Personal Kürzungen und der grassierenden Provinzialisierung und internationalen Perspektivlosigkeit der politischen Entscheidungsträger in Österreich befindet, macht da ziemlich wenig Mut.

Helmut Kramer (Wien)

E-Mail: helmut.kramer@univie.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

Nowotny, Thomas (1988). Identitätskrise der Diplomaten, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 17(2), 183–199.

Nowotny, Thomas (2004). Strawberries in Winter: On Global Trends and Global Governance, Wien u.a.

Anil Al-Rebholz

DAS RINGEN UM DIE ZIVILGESELLSCHAFT IN DER TÜRKEI. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980, Bielefeld 2013, Transcript, 406 S., 33,80 EUR.

Der Mythos der „demokratischen Zivilgesellschaft“, die stets in Abgrenzung zum repressiven Staat konzipiert wird,

hat eine lange Tradition in den intellektuellen als auch politischen Debatten. In ihrem neu erschienenen Buch stellt Anil Al-Rebholz diese Konzeptionen von Zivilgesellschaft als Ort der Ermächtigung im türkischen Kontext infrage und analysiert, wann und wie die Konzepte der vermeintlich demokratisierenden Zivilgesellschaft formuliert werden, und wie diese interpretiert werden können.

Für die Analyse untersucht die Autorin die Zeit nach dem Militärputsch vom 12. September 1980, der einen beispiellosen gesellschaftlichen Wandel in der Türkei hervorrief und neue Inhalte und Formen außerparlamentarischer Politik mit sich brachte. Für den theoretischen Rahmen der Untersuchung beruft sich die Autorin auf Antonio Gramsci. Im Gegensatz zu den normativ-liberalen Theorien der Zivilgesellschaft begreift Al-Rebholz die Zivilgesellschaft im gramscianischen Sinne als einen Ort des Ringens um Hegemonie.

Das Material ihrer Untersuchung bilden zum einen journalistische und akademische Schriften zur Zivilgesellschaft und zum anderen zahlreiche Interviews mit Aktivistinnen der türkischen und kurdischen Frauenbewegung, Menschenrechtsbewegung sowie der liberalen Bewegung. Dabei bettet die Autorin einzelne Diskurse und soziale Bewegungen in den jeweiligen historischen Kontext ein und vermittelt für die LeserInnen eine differenzierte politische Landschaft.

Aus ihrer umfangreichen Untersuchung ergibt sich ein aufschlussreiches Alternativmodell für die Analyse der Zivilgesellschaft seit 1980, das sich aus den Merkmalen der neuen Hegemonie ergibt. An dieser Stelle möchte ich auf drei der sechs zentralen Erkenntnisse der Autorin eingehen. Das Hauptargument der Autorin ist, dass das Staat-Zivilgesellschaft-Verhältnis in der Türkei viel mehr durch Ambivalenz als den vermeintlichen Sieg der demokratisierenden Zivilgesellschaft über den repressiven Staat – wie etwa in normativ-liberalen Diskursen behauptet – gekennzeichnet ist. Die prekären hegemonialen Verhältnisse ergeben sich zum einen aus der neoliberalen Restrukturierung von Staat-Zivilgesellschaft-Verhältnissen, die sich in neoliberalen Wirtschaftsmaßnahmen und -programmen wie extensiver Privatisierung, freier Währungspolitik und der Öffnung der Grenzen des türkischen Binnenmarkts manifestieren (S. 351–354). Zum anderen geht das neoliberale Modell über das wirtschaftliche und politische System hinaus und etabliert sich auch in soziokulturellen Bereichen. Die Zivilgesellschaft wird dabei zum Ort der Legitimierung, Reproduktion und Konsolidierung neoliberaler Inhalte und Praktiken. Als zweites zentrales Argument identifiziert die Autorin eine Apolitisierung der Gesellschaft als eine kulturhegemoniale Strategie (S. 354). Die Apolitisierung, so die Autorin, wurde durch „subtilere Strategien der Macht“ erzielt und lässt sich zum Beispiel an dem Verschwinden der Begriffe wie Arbeiter, Klasse, Ausbeutung und soziale Gerechtigkeit aus dem politischen und alltäglichen Wortschatz festmachen. Drittens identifiziert Al-Rebholz die Islamisierung der Gesellschaft als ein

weiteres Merkmal der neuen Hegemonie. Anhand zahlreicher historischer Beispiele veranschaulicht die Autorin die politische und finanzielle Unterstützung, durch die der Staat islamische Kräfte privilegierte. Diese Beispiele zeigen das ambivalente Verhältnis des säkularen Staates zum Islam, der für das neoliberale Projekt politisiert und mobilisiert wurde, um den linken Widerstand dagegen zu brechen (S. 354–359).

An dieser Stelle möchte ich hinzufügen, dass während das Buch den Zusammenhang zwischen Islamisierung und Neoliberalisierung veranschaulicht, gegenhegemoniale Bestrebungen innerhalb der islamischen Bewegung tendenziell vernachlässigt werden. Beispiele dafür wären „Plattform für Arbeit und Gerechtigkeit“ oder „Antikapitalistische MuslimInnen“, die eine äußerst kritische Haltung gegenüber dem auch von der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei angestrebten neoliberalen Kurs aufweisen.

Zusammenfassend bietet das Werk einen exzellenten Beitrag zu einer neueren Lesart des Staat-Zivilgesellschaft-Verhältnisses in der Türkei, die mithilfe hegemonietheoretischer Ansätze die Dichotomie von repressivem Staat vs. demokratischer Zivilgesellschaft infrage stellt. Vielmehr erachtet sie die Konstruktion solcher Konzepte und solches Wissen über die Zivilgesellschaft als Legitimierung neoliberaler Sicht- und Lebensweisen.

Ayşe Esra Dursun (Wien)

E-Mail: ayse.dursun@univie.ac.at

Samuel Salzborn

DEMOKRATIE: THEORIEN, FORMEN, ENTWICKLUNGEN.
Baden-Baden 2012, Nomos, UTB, 153 S., EUR 14,99.

Der an der Georg-August-Universität Göttingen lehrende Politikwissenschaftler Samuel Salzborn hat ein gut verständliches, systematisch aufgebautes und kompaktes Lehrbuch zur historischen, theoretischen und institutionellen Entwicklung der liberalen Demokratie verfasst, das sich selbst in Zeiten der Wirtschaftskrise viele Studierende leisten können. Als solches ist es für einführende Lehrveranstaltungen für Studierende der Politikwissenschaft besonders nützlich. Ebenso verständlich geschrieben wie systematisch aufgebaut ist das Lehrbuch auch didaktisch sinnvoll mit weiterführenden Literaturhinweisen, minimalistischen biografischen Notizen einiger behandelte TheoretikerInnen und mit Übungsaufgaben versehen. Wer sich darin jedoch Neues erwartet, wird enttäuscht werden.

Studierende werden hier an die Debatten des politikwissenschaftlichen Mainstreams herangeführt. Dass hierbei auch gegenwärtige Debatten um Demokratie und Internet, grüne Demokratiedebatten oder Colin Crouchs Kritik der „Postdemokratie“ angesprochen werden, bringt

das Buch auf die Höhe der Zeit. Eine eigenständige kritische Auseinandersetzung mit den Demokratiedebatten des politikwissenschaftlichen Mainstreams wird allerdings kaum angeregt.

Salzborn verteidigt primär die westeuropäische liberale Demokratie und schließt implizit an totalitarismustheoretische Ansätze an, die diese liberale Demokratie gleichermaßen von links wie von rechts bedroht sehen. Deutlich wird dies etwa in seiner Kritik, dass sich „totalitäre Regime [...] selbst oft als (volks-)demokratisch verstehen, eine immanente Logik [...] der Identitätstheorie: Zum demos wird immer nur eine bestimmte Teilgruppe der Gesellschaft erklärt (z.B. die ‚Arier‘ im Nationalsozialismus oder die Arbeiter und Bauern in der DDR, deren ‚Interesse‘ ontologisch bestimmt und das Gemeinwohl normativ formuliert wird [...]“ (S. 83).

Im Totalitarismus sieht Salzborn ein „säkularisiertes und manichäisches Glaubenssystem, in dessen Namen und für dessen Durchsetzung die bedingungslose und vollständige Kontrolle des öffentlichen und privaten Lebens erstrebt wird, deren Separierung durch physische und psychische Gewalt rücksichtslos unterbunden wird“ (S. 106).

Die Feinde der Demokratie macht Salzborn konsequenterweise im „Extremismus“ fest, den er allerdings nicht nur als rechten oder linken, sondern auch als Extremismus der Mitte verstanden wissen will. Einem statischen Extremismusbegriff, der „blind bleiben muss gegenüber den antipluralistischen und gegenaufklärerischen Bestrebungen aus der Mitte der Gesellschaft“ (S. 105) setzt er einen dynamischen Extremismusbegriff gegenüber, der Personen, Parteien oder Bewegungen fassen soll, „die den Vorrang des Individuums im demokratischen Pluralismus ablehnen und mit antiliberaler und antiindividualistischer Intention eine kollektive Homogenisierungsvorstellung bei Unterstellung einer Ungleichheit der Menschen das Wort reden, so dass in einen solchen Extremismusbegriff im Sinne der politischen Kulturforschung nicht nur Handlungen, sondern auch Einstellungen und vor allen Dingen Vorstellungen eingelassen sind“ (S. 106).

Auch wenn er dem Sozialismus durchaus zugesteht, Kritik an den sozialen Mängeln der Demokratie zu üben, so vereinfacht ein sehr geradlinig geschilderter Weg von Marx zu Lenin, der gerade einmal durch sozialdemokratische Ansätze von Bernstein, Kautzky bis Renner ergänzt wird, doch stark die verschiedenen Ansätze linker Kritik an liberalen Demokratiekonzeptionen. Rätedemokratische, anarchistische, linkskommunistische oder linksökologische Ansätze alternativer Demokratiekonzeptionen werden hier zugunsten einer Lenin-Kritik ausgeblendet.

Allerdings muss in diesem Zusammenhang zumindest erwähnt werden, dass der Autor gewisse Defizite der liberalen Demokratie durchaus erkennt und Anton Pelinkas Vorschlag aufgreift, „Demokratie genuin als unfertig zu begreifen“ (S. 57), und damit das Feld für zukünftige weitere Demokratisierung öffnet. Dass der Autor feministische und grüne Demokratiedebatten mit einbezieht,

sollte zwar selbstverständlich sein, muss aber angesichts manch anderer politikwissenschaftlicher Lehrbücher leider immer noch lobend erwähnt werden.

Übersichtlich und auch für den Lehrbetrieb verständlich schildert Salzborn schließlich die globale Demokratieentwicklung, wobei er sich auf die Demokratisierungswellen Samuel P. Huntingtons bezieht, wonach bis 1991 weltweit drei große Demokratisierungswellen zu beobachten gewesen wären, die jeweils von Gegenwellen unterbrochen worden wären. Salzborn denkt dieses Konzept dahingehend weiter, dass er den Beginn einer dritten Gegenwelle mit dem 11. September 2001 festsetzt: „seither werden vor allem die westlichen Demokratien aufgrund der Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus gezwungen, diese Freiheitsrechte zugunsten der inneren und äußeren Sicherheit einzuschränken, was ein internes Entdemokratisierungspotenzial für die demokratisch verfassten Staaten beinhaltet“ (S. 102).

Schnell ist Salzborn hingegen mit seinem Urteil über die gegenwärtigen Aufstände und Proteste in der arabischen Welt. Während sich die meisten ExpertInnen für die Region angesichts der laufenden militärischen und politischen Kämpfe davor hüten, eine abschließende Beurteilung dieser Entwicklungen abzugeben, widerspricht Salzborn der Hoffnung auf eine neue Demokratisierungswelle, die er als „westlicher Wunschtraum“ betrachtet. Im „Siegesszug der islamistischen Gruppierungen“ sieht er einen autoritären Backlash, „der begonnen hat, autoritäre in islamistisch-totalitäre Regime zu verwandeln“ (S. 102).

Kann sein, dass dieses Negativszenario einst von HistorikerInnen beschrieben werden muss. Tatsächlich haben von Saudi-Arabien, Qatar und teilweise auch von deren westlichen Verbündeten unterstützte salafitische Gruppen und Organisationen aus der Muslimbruderschaft den linken und liberalen revolutionären Kräften im letzten Jahr viel an Boden entzogen. Ob sich Regierungen unter Führung von Parteien aus der Muslimbruderschaft, wie in Tunesien oder Ägypten, ins islamistisch-totalitäre Regime verwandeln, einfach nur die bestehenden Autoritarismen unter anderem Vorzeichen fortsetzen, sich durch die Einbindung in parlamentarische Systeme ähnlich wie die türkische AKP langfristig demokratisieren oder gar ihre dominante Rolle in der Anfangsphase der neuen Systeme rasch wieder verlieren, ist in der gegenwärtigen Phase politischer und sozialer Kämpfe jedoch noch immer offen. Die vorschnelle abschließende Beurteilung dieser Prozesse spricht nicht für eine ausreichende Beschäftigung mit der Region.

Auch jenseits des arabischen Raumes finden sich in dem Lehrbuch nur wenige bzw. keine Erfahrungen und Debatten außerhalb der europäischen und angloamerikanischen Hemisphäre wieder. Dies mag mit ein Grund sein, warum sich Salzborn Demokratie ausschließlich als liberale Demokratie in einem modernen kapitalistischen Territorial- bzw. Nationalstaat vorstellen kann und Demokratiedebat-

ten aus Lateinamerika, Indien oder dem subsaharischen Afrika ignoriert.

Dieses Ausklammern von politischen und politikwissenschaftlichen Diskursen jenseits der europäischen und angloamerikanischen Hegemonie ist allerdings keine Besonderheit, sondern der Normalfall in deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Lehrbüchern. Salzborns Buch ist damit trotz dieser Kritik eine der besten aktuellen Einführungen in Demokratietheorien und Entwicklungen der Demokratisierung und Entdemokratisierung. Es erzählt diese eben aus einer weitgehend hegemonialen liberalen Perspektive, die für eine umfassende Demokratiedebatte um Ansätze aus verschiedenen Teilen der antiautoritären Linken und um Debatten aus dem außereuropäischen Bereich ergänzt werden müsste.

Thomas Schmidinger (Wien)

E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at

Dorothee de Nève/Tina Olteanu (Hg.)

POLITISCHE PARTIZIPATION JENSEITS DER KONVENTIONEN, Leverkusen-Opladen & Toronto 2013, Budrich, 305 S., 29,90 EUR.

In der jüngeren Vergangenheit waren politische Debatten von Krisenbefunden dominiert. Die Krise, so entsteht der Eindruck, ist zur Konstante einer kritischen Gesellschaftsanalyse geworden. In diesem Sinne wird neben dem Wirtschafts-, Finanz- und Bankensektor vor allem auch demokratischen Institutionen und AkteurInnen ein zunehmender Vertrauensverlust seitens der Bevölkerung attestiert. Sinkende Wahlbeteiligungen und ein Rückgang des aktiven Engagements in Parteien und Verbänden gelten folglich als konkrete Ausformungen einer Krise der repräsentativen Demokratie, die stets auch als eine Partizipationskrise gedacht wird. Grundlage dieser Befunde ist ein traditionelles, „konventionelles“ Verständnis von Partizipation als Teilhabe an institutionalisierten Formen der Willensbildung und Entscheidungsfindung, das vorrangig auf die Legitimation des politischen Systems und seiner Akteure ausgerichtet ist.

Bereits der Titel des von Dorothee de Nève und Tina Olteanu publizierten Sammelbandes verrät, dass sich die Herausgeberinnen in ihrer Annäherung an das Thema Partizipation diesen verkürzten Krisenbefunden nicht einfach anschließen wollen. Indem sie ihren Blick „jenseits der Konventionen“ richten, erschließen sich den AutorInnen neue, unkonventionelle Formen der Mitbestimmung mittels derer BürgerInnen „gesellschaftspolitische Prozesse anregen, initiieren, gestalten und/oder beeinflussen“ (S. 14) können. Konventionen werden als wandelbar und kontextabhängig beschrieben, unkonventionelle Partizipationsformen analog als in ständigem Wandel begriffen verstanden.

Entsprechend dieser erweiterten Begriffsdefinition gliedert sich der Sammelband in drei Abschnitte, in denen jeweils unterschiedliche Dimensionen der Erweiterung des etablierten Beteiligungsrepertoires im Vordergrund stehen: Abschnitt 1 umfasst Beiträge über Partizipationsformen, durch die konventionelle Werkzeuge neu entdeckt oder entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung angewandt werden; die Beiträge in Abschnitt 2 beschreiben Formen der Einmischung, die scheinbar unpolitische Handlungen politisch umdeuten; im dritten Abschnitt werden Aktivitäten vorgestellt, die sich neuartiger Instrumente der Mitgestaltung bedienen. Allen Beiträgen geben de Nève und Olteanu außerdem Leitfragen nach der typologischen Verortung, der Funktion im demokratischen System, dem Inklusionspotenzial und der Beziehung zu anderen Partizipationsformen des jeweils analysierten Instruments mit auf den Weg, die im Rahmen der Abhandlung beantwortet werden sollen. Diese in der Einleitung formulierten Leitfragen werden im Fazit wieder aufgegriffen und verleihen dem Sammelband seine interne Kohärenz.

Um einen Eindruck über die thematischen Schwerpunkte des Sammelbandes zu liefern, möchte ich kurz auf die einzelnen Beiträge eingehen: Gesine Fuchs und Christian Schreier loten mit ihren Aufsätzen zur strategischen Prozessführung im Allgemeinen sowie zur Massenverfassungsbeschwerde im Besonderen im ersten Abschnitt des Buches Möglichkeiten aus, mithilfe der kollektiven Nutzung etablierter juristischer Verfahren an der Politikgestaltung mitzuwirken. Gerade für zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen scheinen diese Formen der Mitbestimmung interessant, da sie nicht nur innerhalb des verfassten Rechtskorpus stattfinden und damit ein hohes Maß an Legitimität besitzen, sondern auch eine umfassende mediale und öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen imstande sind und immense Mobilisierungswirkung erzielen. Etwas aus dem Konzept des Bandes fällt im Anschluss der deshalb jedoch nicht minder interessante Beitrag von Daniel Baron über zufallsbasierte Auswahlverfahren der TeilnehmerInnen an Bürgerbeteiligungsverfahren wie Planungszellen, Bürgerhaushalten und *deliberative opinion polls*. Der Autor wählt einen eher theoretisch-konzeptuellen Zugang zu unkonventioneller Partizipation mit dem Ziel, Probleme und Herausforderungen aus der Perspektive der aleatorischen Demokratietheorie (Hubertus Buchstein) zu formulieren.

Im zweiten Abschnitt über die „Politisierung“ scheinbar unpolitischer Handlungsformen kommen schließlich die Herausgeberinnen als Autorinnen von Einzelbeiträgen zu Wort. Dorothée de Nève gewährt in ihren beiden Beiträgen über LeserInnenbriefe und Predigten als politische Partizipationsformen erste Einblicke in ein Feld, das von der Partizipationsforschung bislang nicht erfasst wurde. Während sich mir das Partizipationspotenzial von Predigten auch nach der Lektüre nicht vollständig erschlossen hat, scheint die Beschäftigung mit LeserInnenbriefen gerade in Hinblick auf deren Kontroll- und Interessenartikulati-

onsfunktion sowie als „Form der Metapartizipation, die andere Formen der Teilhabe [...] vorbereitet und ergänzt“ (S. 124) weiter verfolgenswert. In vergleichbarer Weise nähert sich Tina Olteanu dem Phänomen Graffiti/Street Art aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive an und erschließt damit neues Terrain für die Partizipationsforschung. Besonders die Erläuterung unterschiedlicher künstlerischer Techniken verbunden mit der exemplarischen bildlichen Darstellung, sowie die Analyse der Anwendungsbereiche in der institutionalisierten Politik wie im ungerichteten Protest machen den Beitrag lesenswert. Aufgrund der innovativen Erschließung vordergründig unpolitischer Handlungsformen bleiben die Beiträge des zweiten Abschnitts in ihren Ausführungen zwar teilweise explorativ, verdeutlichen jedoch das Potenzial für vertiefende Analysen in der Zukunft.

Neuartige Instrumente der Mitbestimmung stehen im Fokus des dritten Teils des vorliegenden Sammelbandes. Der Beitrag von Eva Maria Hinterhuber und Simon Möller widmet sich entgegen dieser Ankündigung jedoch nicht vorrangig der Vorstellung neuer Partizipationsformen, sondern vielmehr der Aneignung von teils etablierten, teils innovativen Protestformen wie Demonstrationen, Flashmobs, Street Art und politischem Konsum durch Wirtschaftsakteure. Auf diesem Weg müssen die AutorInnen vor allem anerkennen, dass viele der neuen Arten des Aktivismus nicht in der Lage sind, die Grenzen des kapitalistischen Produktionssystems zu transzendieren und somit einer Vereinnahmung von außen teilweise schutzlos ausgeliefert sind. Schwerpunktmäßig mit Flashmobs beschäftigt sich auch Sara Göttmann in ihrem Aufsatz und stellt anhand dreier sehr unterschiedlicher Beispiele die differenzierte Wirkmächtigkeit und verschiedenartigen Potenziale dieser vorrangig nicht als politisches Handeln konzipierten Form des Aktivismus vor. Besonders die Möglichkeit, durch Flashmobs auch eher unpolitische Bevölkerungsgruppen an Politik heranzuführen – also deren Sozialisations- und Türöffnerfunktion – wird von der Autorin betont. Im Kontext der zu Beginn dieser Rezension erwähnten Finanz- und Wirtschaftskrise analysiert Stefanie Wöhl zum Abschluss des Bandes die Occupy-Bewegung aus einer Partizipationsperspektive. Besonders die Darstellung des Protests und der darin gewählten Ausdrucksformen als Kritik am bestehenden Aktionsrepertoire repräsentativer Systeme (und damit das Aufzeigen alternativer Lebens- und Gesellschaftsmodelle) durch die Autorin ist besonders hervorzuheben.

Resümierend bietet der Sammelband von Dorothée de Nève und Tina Olteanu eine wertvolle Erweiterung der bestehenden Partizipationsliteratur, der die Perspektive auf politisches Handeln über die immer noch vorherrschenden, verengten Definitionen hinaus erweitert. Er ist in sich klar strukturiert, beinhaltet durchwegs spannende und lesenswerte Beiträge und liefert Anregungen an die wissenschaftliche Community, eigene Forschungen hinsichtlich der skizzierten Entwicklungen zu hinterfragen.

Durch die klare Struktur ist der Band außerdem nicht nur für ein Fachpublikum, sondern auch für eine breitere interessierte LeserInnenschaft empfehlenswert.

Florian Walter (Wien)

E-Mail: florian.walter@univie.ac.at

Tamara Ehs/Stefan Gschiegl/Karl Ucakar/Manfried Welan (Hg.)

POLITIK UND RECHT. Spannungsfelder der Gesellschaft, Wien 2012, Facultas.wuv, 457 S., EUR 38,00.

Die Beziehung zwischen Politik und Recht findet sich in der gesamten Gesellschaft wieder. So ist die Politik – d.h. in diesem Verständnis: alle Handelnden in Legislative, Exekutive und Judikative – bei ihren Handlungen an gesetztes Recht gebunden. Andererseits ist es aber die Politik, die mittels Verwaltungsdekreten, Gesetzesänderungen, aber auch Urteilen (!) dieses Recht verändern kann. Es ist allerdings nicht nur das Verhältnis der Institutionen von Recht und Politik zueinander, womit sich dieser Band beschäftigt. Die Grundproblematik, die die Herausgeber_innen schon im Vorwort ansprechen und die mithilfe dieses Bandes beseitigt werden soll, ist die Kluft zwischen den beiden Disziplinen. In ihrer modernen Ausformung als Teil der Rechtswissenschaft entstanden, sucht die Politikwissenschaft seit Jahrzehnten Unabhängigkeit in der Rationalität naturwissenschaftlicher Begriffe, und hat es auf diese Weise versucht, sich von den Rechtswissenschaften abzunabeln und so den Zugang zu deren Analyseinstrumenten verloren. Die Rechtswissenschaft ihrerseits hat nie damit begonnen, politikwissenschaftliche Analysetools in die Analyse einzubeziehen. So blieben Sachverhalte stets juristisch oder politikwissenschaftlich analysiert, jedoch nie disziplinenübergreifend.

Diesem Band gelingt beides: eine Analyse der Beziehung zwischen den Institutionen als auch eine Wiederverzahnung der beiden Disziplinen. Die Methode ist, Jurist_innen, Politolog_innen, Verwaltungsbeamt_innen und Politiker_innen an einem Band wirken zu lassen. Die Beiträge behandeln dabei jeweils einzelne Politikfelder oder Institutionen, die jedoch immer unter dem Gesichtspunkt der Ausgestaltung des Verhältnisses der jeweiligen Rechtsordnung mit der Politik gestaltet sind.

Besonders seien hier die Beiträge von Karl Ucakar, Tamara Ehs, Gerhard Steger und Reinhard Heinisch hervorgehoben; diese stehen jedoch exemplarisch für den gesamten Inhalt dieses interessanten und gut strukturierten Buches, das in drei Teile gegliedert ist: Teil eins beschäftigt sich dabei mit der Verfassung und der Demokratie im Allgemeinen, Teil zwei mit einzelnen Politikfeldern im Speziellen und Teil drei mit internationalen Fällen, die aber durchaus zum Vergleich mit Österreich herangezogen werden können. Die hier rezensierten Beiträge von Karl

Ucakar und Tamara Ehs stammen dabei aus dem allgemeinen Teil, der Beitrag Gerhard Stegers aus dem zweiten, politikfeldbezogenen und Reinhard Heinischs Artikel aus dem dritten, internationalen Abschnitt des Buches.

Karl Ucakar betrachtet in seinem Beitrag die Auswirkungen des Wahlrechtes sowie dessen bisherige Änderungen und deren Implikationen. Dabei wird über die bisherige Entwicklung jener Rechtsmaterie mit den wohl größten Auswirkungen auf die Politik selbst hinausgedacht und auch aktuelle Reformdebatten sowie deren mögliche Auswirkungen werden diskutiert. Ein großes Anliegen des Autors ist es, dem_r Leser_in die machtpolitischen Implikationen des Instrumentes „Wahlrecht“ näherzubringen. Abschließend lässt es sich Ucakar nicht nehmen, seinen Standpunkt zur direkten Demokratie zu erörtern, und gibt somit in einem kurzen Beitrag einen guten Überblick über wichtige Themen der aktuellen politischen Diskussion.

Tamara Ehs behandelt in ihrem Beitrag den Hang der heutigen Politik, polarisierende Themen bzw. Entscheidungen über diese den Verfassungsgerichtshöfen zu überlassen. Die Autorin greift dabei die Beispiele USA, Deutschland, EU und Österreich auf und diskutiert diese anhand klassischer als auch gängiger politikwissenschaftlicher Ansätze der Demokratieforschung. Die Debatte entwickelt den Gedanken, eine „Juristokratie“, ein Richterstaat, würde letztlich die Demokratie untergraben und den Parlamentarismus ad absurdum führen. Diese Behauptung untermauert Ehs anhand des Beispiels des Europäischen Gerichtshofes, der oftmals die Geschwindigkeit des Integrationsprozesses bestimmt (hat) und durch seine gerichtlichen Entscheidungen die politische Richtung vorgab und bis heute vorgibt.

Der dritte hier vorgestellte Beitrag befasst sich mit dem Zusammenspiel Politik und Recht in der Verwaltung. Gerhard Steger zeichnet in seinem Artikel anhand der neuen Bundeshaushaltssteuerung nach, wie es zu einem neuen Gesetz kommt und wie sich dieses wiederum auf die Politik auswirkt. Als Chef der Budgetsektion im Finanzministerium gelingt es dem Autor, tiefe Einsichten in dieses Politikfeld zu geben und den Reformprozess nachzuzeichnen. Dabei gibt er auch eine Einschätzung der Wirkung des neuen Systems auf Politik und Verwaltung ab und zeigt somit, wie Politik und Recht interagieren.

Im vierten ausgewählten Beitrag erklärt Reinhard Heinisch das Zustandekommen der Gesundheitsreform in den USA. Er erläutert die Eigenheiten des amerikanischen politischen Systems, insbesondere dessen Hang zur Judikatur als „third branch of government“ und diskutiert dies auf der Grundlage theoretischer Überlegungen. Unweigerlich stößt er bei diesem Vorgehen auf die Beziehungen zwischen Politik und Recht, die in den USA durch das dort idealtypisch installierte System der *Checks and Balances* eng verschränkt sind. Heinisch gelingt beides, einerseits eine Einführung in die Eigenheiten des US-Systems, andererseits die genaue Darstellung des Reformprozesses in

der Gesundheitspolitik, die einen Ausblick auf die politische Kultur der USA gibt.

Durch die genauen politikfeldbezogenen Beschreibungen der Autor_innen sowie deren Kontextwissen bildet dieser Sammelband über Jahrzehnte hinaus ein Standardwerk, das in keiner juristischen oder politischen Bibliothek fehlen darf.

Nino Willroider (Salzburg)

E-Mail: NinoSebastian.Willroider@stud.sbg.ac.at

Robert Kriechbaumer/ Franz Schausberger (Hg.)

DIE UMSTRITTENE WENDE. Österreich 2000–2006, Wien 2013, Böhlau, 848 S., 29,50 EUR.

Dieser Sammelband tritt an, ein politisches Paradoxon aufzuklären, zu dem, wie Dieter A. Binder bemängelt, ein rationaler politischer Diskurs bisher fehlt (S. 22). Weite Teile der österreichischen Gesellschaft verlangen Reformen, wollen diese aber nicht im eigenen Lebensbereich umgesetzt wissen (S. 12). Die Autoren des Sammelbandes (es ist ein Männerbuch) nehmen sich der Wende in der Politik an, die zwischen 2000–2006 angetreten ist, dieses Paradoxon aufzulösen.

Herbert Dachs erläutert das durch die „Wenderegierung“ forcierte „Prinzip Neu-Regieren“ anhand der ausgegebenen Devise „mehr Freiheit statt mehr Staat“ (S. 30), womit die generelle Richtung der Wende gut umrissen ist. Für Guenther Steiner lässt sich die Sozialpolitik der Regierung Schlüssel als ein bewusster Vorgang der „Anpassung an die Verhältnisse einer sich globalisierenden Wirtschaft“ (S. 298) beschreiben. Wobei, wie Wolfgang Müller und Marcelo Jenny nachweisen, es sich der Tendenz nach eher um einen Effekt des Rollentauschs als um einen wirklichen Bruch mit dem System der Konsensdemokratie und dem sich ihr anschließenden Klientelismus gehandelt hat (S. 79–80). Christian Dirminger nimmt sich dementsprechend der These an, die Wende sei wirtschaftspolitisch kein Umbruch, sondern Folge eines „längerfristigen Trends antikeynesianischer, liberalisierender und privatisierender“ Praktiken mithin Austro-neoliberalismus (S. 211). Merkbar wird die Konzentration der Finanzpolitik auf fiskalische Konsolidierung (S. 214), die sich allerdings auf „etliche Einmaleffekte und Ausgliederungen“ (S. 224) bezog. Wobei die Defizitkürzungen programmatisch über Ausgabenkürzungen angestrebt, aber letztlich über Steuereinnahmewachse umgesetzt wurden (S. 226). Viele Weichenstellungen, wie etwa die Privatisierung der Banken wurden „bereits 1991“ (S. 235) getroffen. Institutionell wurde das Finanzministerium in seiner Gestaltungsmöglichkeit zugunsten des Wirtschaftsministeriums geschwächt (S. 240). Dass sich dabei gerade die Ausgliederung der Bundesimmobiliengesellschaft als „ausgabenwirksam“ (S. 246) erwies, wäre allerdings noch im Hinblick auf die Langzeitfolgen der

weiterhin ausständigen Vereinheitlichung des Liegenschaftsmanagements sowie die Unvollständigkeit der Daten bezüglich der in der Privatisierung übereigneten Liegenschaften zu prüfen. Peter Stachel sieht diese zwiespältige Bilanz in Teilen der Wissenschafts- und Universitätspolitik fortgesetzt, bei der „inhaltlich nicht immer alles gründlich durchdacht“ (S. 332) gewesen ist. Paradox erscheint vor allem, dass im Zuge der völligen Entmachtung des Mittelbaus auch weite Teile der Lehre, die von externen Lehrenden bestritten wird, zu einem Gratisangebot verkommen sind. Sogenannten Privatdozenten kann jegliche Bezahlung für ihre Lehrtätigkeit verweigert werden.

Die demokratiepolitisch interessante Entwicklung der Medien zu eigenständigen Akteuren des politischen Tagesgeschäfts fällt ebenfalls in die Wendezeit. Durch das vermehrte Abdrucken von Meinungsumfragen wurden sie zu entscheidenden Faktoren im Ringen um politische Aufmerksamkeit (S. 102). Damit einher ging ein Problem in der Außendarstellung der Wenderegierung. Die mediale Präsentation des Umschwungs, im Jahr 2000 noch Innovation, verlor rasch an Wirkung und wurde ab 2003 zur Routine, womit sich das Verhältnis zu den Medien angespannt hat (S. 181).

Mehrere Aufsätze beschäftigen sich mit dem Antifaschismus, wobei Robert Kriechbaumer in zwei Aufsätzen den Kritikern der Schwarz-Blauen Regierung unterstellt, eine „Empirie-Schwäche“ durch „politischen Moralismus“ (S. 189) ersetzt zu haben, womit er sich gegen eine „Instrumentalisierung der Zeitgeschichte“ (S. 203) wendet. In Ernst Hanischs Aufsatz wird dieser Hinweis nicht beherzigt. In seiner Auseinandersetzung mit der Vergangenheitspolitik der Schwarz-Blauen Regierung schreibt er, die verfehlte Personalpolitik an den Universitäten zwischen 1970 und 2000, die der Zeitgeschichte eine „linke bzw. linksliberale Dominanz“ eingebracht habe, wurde durch die Wenderegierung erst mittels „Privilegierung einzelner Historiker“ (S. 413) korrigiert. Was dann dabei teilweise zum Vorschein kommt, hat mit wissenschaftlicher Objektivität allerdings wenig zu tun, sondern schrammt am Revisionismus vorbei. Hanisch zitiert zum Abschluss seines Beitrags zustimmend einen Professor für Physik, der 1925 aus Wien nach New York emigrierte, der sinngemäß sagt, wenn die Ideologie des Nationalsozialismus die Juden nicht verfolgt hätte, so wären die Juden auch dabei gewesen (S. 416). Abgesehen davon, dass „Was-wäre-wenn“-Fragen eines Historikers unwürdig sind, scheint hier der Grund dafür zu liegen, doch weiterhin wachsam zu bleiben und mit der Moralismus-Keule genauso vorsichtig wie mit allen anderen Keulen umzugehen.

Der Sammelband bietet viele genaue Studien zu einzelnen Politikbereichen und hat seine Stärken in deren Detailreichtum. Wo die Beiträge allerdings selbst politisch werden, sinkt das Niveau der Auseinandersetzung auf jene Polemik, die dem Gegner vorgeworfen wird. Vielleicht hätte man das gesamte Projekt verbessert, wäre in einen

essayistischen Meinungsteil und einen analytischen Teil getrennt worden.

Stefan Alexander Marx (Wien)
E-Mail: stefan.marx@univie.ac.at

Wolfgang Petritsch/Wilfried Graf/Gudrun Kramer (Hg.)
KÄRNTEN LIEGT AM MEER: Konfliktgeschichte/n über
Trauma, Macht und Identität, Klagenfurt 2012, Heyn,
567 S., 29,80 EUR.

Im April 2011 gab Staatssekretär Josef Ostermayer bekannt, dass unter seiner Leitung und Vermittlung, eine Einigung im Kärntner Ortstafelstreit erreicht worden war. Wie die Einigung vorsah, wurde die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in allen Ortschaften mit mindestens 17,5% slowenisch-sprachiger Bevölkerung im neuen Volksgruppengesetz verankert, das im Juli 2011 vom österreichischen Nationalrat angenommen wurde. Bis zuletzt war der Ausgang des Verhandlungsprozesses unsicher, bis heute sind viele Betroffene nicht mit den Ergebnissen zufrieden. Dass jedoch ein historischer Kompromiss erzielt wurde, der neue Möglichkeiten und Perspektiven eröffnet, ist nicht zu leugnen. Wie Wolfgang Petritsch im Vorwort des vorliegenden Buches hinweist, scheitert jede Vermittlung immer in einem gewissen Sinn und zugleich schafft sie auch immer Bedingungen für das Gelingen in der Zukunft (S. 29). Angelehnt an diesen historischen Kompromiss und auf dieser positiven Note nähert sich *Kärnten liegt am Meer* der Konfliktgeschichte in Kärnten.

Inspiziert von Ingeborg Bachmanns *Böhmen liegt am Meer* (Bachmann 1964), verheißt der Titel Hoffnung in das Überwinden alter Konfliktlinien und verhärteter Positionen und stellt einen Versuch dar, „Kärnten aus der Perspektive persönlicher und familiärer Konfliktgeschichten/n neu zu verstehen“ (S. 34). Es ist sozusagen die Fortsetzung des Dialogprozesses, der mit den Gesprächen zwischen Marjan Sturm und Josef Feldner begonnen hat und von den Initiatoren Graf und Kramer in dieser Publikation weitergeführt wird (Kramer/Graf 2007). In diesem Sinne bilden die persönlichen Perspektiven einer Gruppe von 18 interviewten Personen den Hauptteil der Publikation. Es sind Personen, die ganz unterschiedliche Hintergründe haben und die von den HerausgeberInnen als Persönlichkeiten identifiziert worden waren, die eine vermittelnde Rolle einnehmen können oder wichtige Position(en) im Volksgruppenkonflikt eingenommen haben. Es sind ihre persönliche Perspektiven auf die Gegenwart und Geschichte des Konfliktes, die tiefere Vergangenheit und auf Zukunftsperspektiven (S. 47).

Ähnliche Themen wiederholen sich in diesen aufgezeichneten Gesprächen und so gelingt tatsächlich eine Sensibilisierung für unterschiedliche Blicke auf geschichtliche Entwicklungen. Gleichzeitig ermöglicht die Form der Zeitzeugengespräche, dass eine große Reihe an Themen-

komplexen abgedeckt wird. In manchen Gesprächen wird bis auf die Volksabstimmung 1920 und die Zwischenkriegszeit zurückgegangen, die Aussiedlung der Kärntner Slowenen kommt in fast allen Interviews zur Sprache, der Umgang der Zweiten Republik und der Ortstafelsturm sind wiederholt Thema. Aber abseits dieser bekannten Themen wird auch auf die Position der deutschen Minderheit in Slowenien hingewiesen oder die Verortung des Konfliktes innerhalb der globalen Spaltungen des Kalten Krieges thematisiert. Es ist die Stärke solcher Interviews, sowohl die Reflexion auf den allgemeinen politischen Rahmen zu ermöglichen, als auch Details, kleinen Geschichten und Exkursen Platz zu geben.

Trotzdem bleibt es eine Unmöglichkeit, die Perspektive mancher Personen, allen voran Otto Scrinzis, zu akzeptieren – eine Herausforderung, sie nur zu lesen. Es bedarf großer Überwindung für die Leserin, die sich als Teil der Konfliktgeschichte sieht, zu verstehen, warum dieser Perspektive Platz gegeben wird. Einer Perspektive, die weiterhin auf Basis von Blutsverwandtschaft argumentiert (S. 205) und die „neue Strategieebene“ des Kärntner Heimatdienstes – weg vom alten Konflikt, hin zur Frage der Masseneinwanderung und des ethnischen Identitätsverlustes – begrüßt (S. 214–215). Obwohl man akzeptieren kann, dass ein Perspektivenwechsel schmerzvoll ist, so bleibt die Befürchtung, dass die Ansichten eines Scrinzi den LeserInnen ohne Hintergrundwissen, unkommentiert überlassen werden.

Diese Befürchtung paart sich mit der Frage, wie die dargestellten Perspektiven zueinander stehen. Die Lebensgeschichten der Interviewten sind oft erschütternd, sie überraschen und sie förderten meine Selbstreflexion als Leserin. So habe ich mich beim Versuch ertappt, die jeweilig interviewte Person auf den ersten Zeilen der aufgezeichneten Gespräche ideologisch und politisch einzuordnen. Der/die Leserin wird bei diesem Prozess und den Fragen, Erkenntnissen und Vergleichen der Interviews jedoch teilweise alleine gelassen. Denn die Vorworte der HerausgeberInnen bieten zwar eine wertvolle Einführung in die Themen des Buches, nach der Lektüre der Interviews vermisst man jedoch ein zusammenführendes Nachwort, das auf Parallelen und Gegensätze, Widersprüchlichkeiten und Erkenntnisse aus den Interviews hinweist.

Anstelle eines Nachwortes bietet eine Reihe von Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten des Konfliktes und des Dialogprozesses dem/der LeserIn Unterstützung. Der Beitrag von Feldner und Sturm ermöglicht den Blick auf die Perspektive der Teilnehmenden und zeigt, welche politischen und persönlichen Auswirkungen der von ihnen begonnene Dialog aus dem Vorgängerbuch für sie und ihr Umfeld hatte. Äußerst wertvoll für das Verständnis und den Umgang des/der Leserin mit den Interviews, sind auch die Hinweise Jürgen Pirkers. So geht er unter anderem auf das Zusammenspiel von kleinen Geschichten und großen Narrativen ein oder bietet eine kurze Darstellung der unterschiedlichen geschichtlichen Argumentations-

muster. Die Beiträge zu Zukunftsperspektiven (für Kärnten) schließen das Buch, wiederum auf einer positiven Note, ab.

Die zwei Teile des Buches – Interviews einerseits, Diskussionsbeiträge andererseits – mögen bisweilen etwas zusammenhanglos erscheinen. Trotzdem gelingt es, einen Blick auf die Vielzahl an Perspektiven eines Konflikts zu ermöglichen, ohne dass man vor der Komplexität und Vielzahl an Wahrheiten kapituliert, sondern sich ihnen auf dieser positiven Note nähert. Denn frei nach Bachmann: „Liegt Kärnten noch am Meer, glaub ich den Meeren wieder. Und glaub ich noch ans Meer, so hoffe ich auf Land.“

Angela Wieser (Wien)

E-Mail: angela.wieser@univie.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

Graf, Wilfried/Gudrun Kramer (Hg.) (2007). Kärnten neu denken: Zwei Kontrahenten im Dialog, Klagenfurt.

Bas J. M. Arts/Jelle Behagel/Séverine van Bommel/
Jessica de Koning/Esther Turnhout (Hg.)

FOREST AND NATURE GOVERNANCE: A Practice Based Approach, Series: World Forests, Vol. 14, 2013, Springer, 265 S., 153,94 EUR.

Das von fünf AutorInnen herausgegebene Buch beschäftigt sich mit der Analyse sozialer Praktiken in der Wald- und Naturschutzpolitik. Dabei liegt das besondere Augenmerk auf den Praktiken der Waldmanagerinnen, der Politikerinnen, aber auch der Forstwissenschaftlerinnen. Das Buch analysiert sowohl das Agieren dieser Akteure in ihrem jeweiligen Alltag, aber auch wie durch diese Praktiken ihre Identität geformt wird, und wie politische Entscheidungen interpretiert werden und darüber gesprochen wird. Letzteres nimmt Einfluss darauf, ob und in welcher Form ein Politikwandel Platz greifen kann. In der Einleitung legen die Herausgeberinnen das Fundament für die nachfolgenden Kapitel, indem sie zuerst ihren sogenannten „*practice-based approach*“ näher definieren und erläutern.

Sie schlagen dabei eine umfassende Grundstruktur (S. 10–12) vor, welche drei interpretative Analyseinstrumente beinhaltet: Die (1) Logik der Praktik (*logic of practice*)– damit wird die Logik der jeweiligen sozialen Aktion oder Handlung hinterfragt; die (2) situierte Akteurisierung (*situated agency*) fokussiert auf den Kontext und den Praktiken, in denen Akteure sich befinden und durch die sie (bzw. ihre Identität) entstehen; (3) die Performativität (*performativity*) als letztes Instrument erlaubt es, die Nutzung von Wissen als Konstitutive der Realität zu analysieren, die mit einer Machtentfaltung, aber auch Zufälligkeit einhergehen kann. Die Diskurse und Wissenssysteme, in denen Praktiken entstehen und in denen Akteure

sich bewegen, rücken damit in den Vordergrund der Betrachtung. Diese drei Konzepte leiten die vorliegenden Policy-Analysen an. Des Weiteren wird in dem zweiten Einleitungskapitel (S. 23–46) ein kurzer Abriss über die Entstehungsgeschichte der Forstpolitikwissenschaft gegeben. Das ist insofern interessant, weil auch hier der allgemeine Trend der Politikwissenschaft, normative Ansätze durch empirisch-analytische und interpretative Ansätze zu ersetzen, sichtbar wird.

Anhand einer Analyse lokaler Fallbeispiele aus dem globalen Süden und Norden wird in den nächsten Kapiteln (S. 49–107) aufgezeigt, wie eingeschränkt Institutionen (= Regeln) dazu beitragen, menschliches Verhalten zu lenken. Die AutorInnen machen deutlich, dass es die lokalen und alltäglichen Praktiken sind, die teilweise offen, aber auch verdeckt und im Geheimen Politikwandel ermöglichen oder verhindern. Im dritten Teil des Buches wird die Trennung von globalen und lokalen Politikpraktiken angezweifelt und kritisch in einigen Fällen analysiert (S. 111–167). Dabei wird gezeigt, dass einerseits globale Ideen, Normen und Diskurse lokale Praktiken verändern können, aber auch internationale Organisationen durch ihre Art der Interaktion neue Praktiken erschaffen, wobei auch die Entstehung neuer Märkte als Praktik zu verstehen ist. Der vierte Teil des Buches beschäftigt sich mit der Repräsentation von Natur in unterschiedlichen Bereichen (S. 171–239): Einerseits wird analysiert, welche Praktiken die Konstruktion von Biodiversitätsdatenbanken anleiten und wie zwischen Objektivität, Pragmatismus, Machbarkeit und Datenverfügbarkeit „verhandelt“ wird, andererseits welche konfliktbehaftete Auswirkungen unterschiedliche Darstellungen von Natur durch Naturmanager und der Bevölkerung und damit verbundene Praktiken auf die Bewirtschaftung und Erholungsfunktion haben. Dieser Teil des Buches endet mit einer ethnographischen Selbstreflexion über die Erstellung von interpretativen Fallstudien und der Analyse der jeweiligen wissenschaftlichen Praktiken. Im letzten Teil des Buches spannen die HerausgeberInnen den Bogen zurück zur Einleitung, indem sie den *practice-based approach* und seine Applikation nochmals Revue passieren lassen und Schlussfolgerungen für die Forst- und Naturschutzstudien im Speziellen und Governancestudien im Allgemeinen ziehen.

Die AutorInnen schließen mit diesem Buch an den sogenannten „*practice turn*“ in den Sozialwissenschaften an und legen dabei das methodische und methodologische Fundament für weiterfolgende Policy-Analysen, hier speziell im Bereich der Forst- und Naturschutzpolitikstudien. Dabei nehmen sie, wie sie selbst sagen, eine mikrosoziologische Perspektive ein, die nicht alltäglich in der Politikwissenschaft ist, weil zumeist Entscheidungsfindungsprozesse und die Umsetzung deren Ergebnisse untersucht werden. Es ist besonders bemerkenswert, dass hier eine gesamte Institutsgruppe einen gemeinsamen Policy-Analyseansatz vorgelegt hat. Das Buch erscheint ob der Vielzahl der AutorInnen wie aus einem Guss geschrieben und

nicht wie eine Ansammlung von verschiedenen Texten, die aus unterschiedlichen Bereichen stammen. Äußerst konsequent wird das in der Einleitung methodisch akribisch beschriebene Instrumentarium in den von unterschiedlichen AutorInnen verfassten Kapiteln zur Anwendung gebracht, obgleich die Fallbeispiele, die hier analysiert werden, nicht unterschiedlicher sein könnten. Damit zeigt dieser von ihnen skizzierte *practice-based approach* ein enormes Anwendungspotenzial, der vor allem für die vergleichende Politikwissenschaft interessant ist, weil er es erlaubt, über Länder, Politikebenen, policies, aber auch unterschiedlichste *polities* hinweg Vergleiche zu ziehen. Den AutorInnen ist es damit durchwegs gelungen, diese Herangehensweise als Alternative zu herkömmlichen Ansätzen zu positionieren. Abschließend lässt sich feststellen, dass die leitende Forschungsfrage „welche Praktik produziert (In-)Aktion“ eine interessante Addition zur Frage „welche Bedeutung erlangt (In-)Aktion“, die die interpretative Analyse generell anleitet, darstellt und damit das Feld neu aufrollen kann.

Helga Püzl (Wien)

E-Mail: Helga.puezl@boku.ac.at

Christoph Müller

LEITLINIENKOMPETENZ DES BUNDESKANZLERS, Wien 2012, Jan Sramek Verlag, 202 S., 44,90 EUR.

Normalerweise sind juristische Dissertationen nicht unbedingt die erste Wahl für eine spannende Lektüre. Im vorliegenden Fall sollte man jedoch eine Ausnahme von der Regel wagen. Christoph Müller, Abteilungsleiter in der Koordinierungssektion des österreichischen Bundeskanzleramtes, hat die Rolle und Funktion des österreichischen Bundeskanzlers einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Das Ergebnis ist eindeutig: Durch die Mitgliedschaft im Europäischen Rat (dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union) kommt dem Bundeskanzler eine Leitlinienkompetenz gegenüber den übrigen „normalen“ Bundesministern zu. Bisher konnte man seine Funktion allenfalls als „parlamentarischen Regierungschef“ verstehen, ausgestattet mit Mitwirkungsbefugnissen bei der Berufung bzw. Abberufung von Regierungsmitgliedern und dem Vorsitz in der Bundesregierung. Dieser Umstand hat sich mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember 2009 geändert. Das bis dahin geltende Ressortprinzip wird durch Unionsrecht ergänzt und abgeändert. Damit wurde der Europäische Rat als oberstes Leitungsorgan der EU festgeschrieben, ihm kommt nun eine klare Position im Europäischen Institutionengefüge zu: „Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten hierfür fest. Er wird nicht gesetzgeberisch tätig“ (Art. 15 Abs. 1 EUV).

Hier wird quasi die höchste politische Autorität der Mitgliedstaaten gebündelt und in die Form einer „Leitlinienkompetenz“ übergeführt. Müller leitet daraus ab, dass dem Europäischen Rat damit in der Realität ein umfassendes Portfolio politischer Entscheidungen zugestanden wird. Als Beispiel führt er etwa den durchaus anlassbezogenen Beschluss des Europäischen Rates vom 24./25. März 2011 an, alle 143 in der EU in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke einem sogenannten Stresstest zu unterziehen. Obwohl Fragen der nuklearen Anlagensicherheit unzweifelhaft in die alleinige Zuständigkeit des jeweiligen Mitgliedstaates fallen (also nicht unter eine Gemeinschaftskompetenz).

So weit zur Habenseite des Buches. Man muss aber auch die Defizite erwähnen: Der fast schon krankhafte Zwang, auch nichtalltägliche Abkürzungen und Kürzel zu verwenden, machen es dem Leser nicht immer unbedingt einfach. Über die bei Juristen grassierende Abkürzungswut hinaus werden dabei durchaus unübliche Neukreationen eingeführt (etwa „VvL“ für „Vertrag von Lissabon“ oder „SF“ für „Schlussfolgerungen“). Zweiter Kritikpunkt: die dürftige theoretische Einbettung der Arbeit. Den Prozess der europäischen Integration lapidar mit dem „Europäischen Mehrebenenkonzept“ zu erklären, scheint diesbezüglich doch ein wenig simpel und entspringt wohl eher der an österreichischen juristischen Fakultäten üblichen grassierenden Theorieferne als dem international üblichen Standard. Die theoretische Verortung findet da dann auf zwei (!) Seiten statt (S. 49–50). Auch für Juristen sollte es übrigens möglich sein, mehr als nur „Falkner/Müller“ – dazu noch aus dem Jahr 1998 – dabei ausfindig zu machen. Und wie es möglich ist, den Europäischen Rat zu diskutieren und theoretisch einzuordnen, ohne ein einziges Mal auch nur den Namen Moravcic in die Diskussion zu werfen, lässt staunen. Das Theoriedesaster gipfelt in der Feststellung: „Diese Beschreibung bzw. Analyse wird durch meine eigene berufliche Erfahrung, sowohl in Wien als auch in Brüssel, bestätigt“ (S. 50). Bei der theoretischen Verortung und Diskussion einer Dissertation sollte man wohl mehr erwarten dürfen als eine anekdotische Begründung im Sinne von „ich war dabei – es stimmt“!

Eine durchgängige Schwäche des Textes ist sein mangelnder Quellenpluralismus. Pro Kapitel eine Referenzquelle: Die Auseinandersetzung mit den Organen der EU erfolgt anhand von einer Literaturstelle (Dann 2009), Rolle und Funktion des österreichischen Bundeskanzlers basiert auf einem Welan-Text aus dem Jahre 2000 (Welan 2000) und die Diskussion und Interpretation der rechtlichen Grundlagen für den Europäischen Rat erfolgt immer nur auf Basis einer Kommentarstelle (Calliess 2011).

Eine weitere Schwäche ist das fehlende Fachlektorat. Eine Behauptung, wonach das Primärrecht der EU „seit Inkrafttreten des VvL am 1. Dezember 2009 in erster Linie EUV und AEUV, die vom EuGH entwickelten ungeschriebenen allgemeinen Rechtsgrundsätze sowie in einigen Fällen auch Gewohnheitsrecht“ (S. 127) umfasst, sollte in

ihrer Ungenauigkeit und Fehlerhaftigkeit nicht passieren. Grundrechtscharta, Gründungsverträge und alle Folgeverträge unter den Tisch fallen zu lassen, ist in diesem Zusammenhang keine lässliche Sünde. Ein weiterer Beleg: „Die durch den VvL erfolgte Fusion der vormaligen drei Säulen der EU hat vor der EAG halt gemacht, die somit auch weiterhin eine selbstständige Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit bleibt. Die fusionierten Organe werden gem. Art 106a EAGV in Form der Organleihe tätig“ (Fußnote 378, S. 112). Der Vertrag von Lissabon hat keine Säulen fusioniert, da es diese formal rechtlich gar nicht gegeben hat. Der vom Autor gemachte Hinweis auf „fusionierte Organe“ läuft argumentativ dann auch noch in eine vollkommen falsche Richtung. Durch die stufenweise Fusion der Organe wurde eine enge institutionelle Verklammerung der Gemeinschaften herbeigeführt – dies aber bereits 1957 (Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften) und schließlich 1965 im sogenannten Fusionsvertrag. Zwischen diesen beiden Abkommen und dem Vertragswerk von Lissabon liegen europapolitische Welten.

Wahrhaftig enttäuschend sind die „Schlussbetrachtungen“. Auf nicht ganz eineinhalb Seiten (!) fasst der Autor den Inhalt seiner Arbeit zusammen. Die erhoffte eingehende Diskussion unterbleibt.

Was das Buch – neben seiner Aktualität – dennoch und trotz aller Vorbehalte interessant und empfehlenswert

macht, sind seine ungestellten Fragen: Was bedeutet das alles für das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten? Welche Aufgaben fallen ihm eigentlich noch zu, wenn die europapolitische Leitlinienkompetenz beim Bundeskanzler liegt? Selten noch hat eine (trockene) juristische Dissertation so viele Anschlussfragen aufgeworfen. Es lohnt sich, darüber nachzudenken – auch und insbesondere im Fach der Politikwissenschaft.

Stefan Brocza (Wien)

E-Mail: stefan.brocza@univie.ac.at

LITERATURVERZEICHNIS

- Calliess, Christian* (2011). Art 15 EUV, in: Christian *Calliess*/Matthias *Ruffert*: EUV/AEUV, Das Verfassungsrecht der Europäischen Union mit Europäischer Grundrechtscharta, München.
- Dann, Philipp* (2009). Die politischen Organe, in: Armin *Von Bogdandy*/Jürgen *Bast*: Europäisches Verfassungsrecht – Theoretische und dogmatische Grundzüge, Berlin, 335.
- Falkner, Gerda*/Wolfgang C. *Müller* (Hg.) (1998). Österreich im europäischen Mehrebenensystem: Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft für Politiknetzwerke und Entscheidungsprozesse. Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Vol. 17, Wien.
- Welan, Manfred* (2000). Der österreichische Bundeskanzler, Diskussionspapier Nr. 81-R-2000, Institut für Recht, Politik, Wirtschaft, Universität für Bodenkultur Wien. Internet: http://www.boku.ac.at/wpr/wpr_dp/dp-81.pdf. (Zugriff: 10.5. 2013)

Die Enzyklopädie Europarecht Unitas Europae | Band 1 – Band 10

Nutzen Sie den Vorteilspreis
Bestellen Sie jetzt die Gesamtedition*
und sparen Sie über EUR 200,-

Start
mit
Band 5!

* Sie zahlen jeweils den Vorzugspreis des Einzelbandes nach Erscheinen und Auslieferung

Die Idee der Europäischen Wirtschaftsintegration verwirklicht sich in den verschiedenen Sektoren des öffentlichen wie privaten Wirtschaftsrechts. Die prinzipielle Prägung dieses Rechts durch Grundfreiheiten und Grundrechte wird vertieft und überformt durch europäisches Sekundärrecht, das einerseits die Prägung fortzuschreiben sucht, andererseits aber auch politische Wertungen transportiert – jeweils mit enormen Auswirkungen auf das nationale Recht.

Das neue Handbuch liefert die notwendige Detailanalyse der einzelnen Regelungssektoren, zeigt Defizite auf und gibt Handlungs- und Beratungssicherheit für die Beurteilung nationaler Fallkonstellationen vor dem Hintergrund der Europäischen Integration.

Die wichtigen Sektoren mit weitreichender ökonomischer Bedeutung und hoher Praxisrelevanz werden von renommierten Autorinnen und Autoren dargestellt.



Gesamtherausgeber: Prof. Dr. Armin Hatje und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Gesamtschiffteilung: Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte
ca. 10.000 S., Vorzugspreis bei Gesamtabnahme EUR [A] 1.285,20,
statt ca. EUR [A] 1.497,30 bei Einzelabnahme, ISBN 978-3-7089-0967-7
Erscheint im Zeitraum bis ca. Ende 2014

Band 1: Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Armin Hatje und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0973-8, Erscheint Oktober 2013

Band 2: Europäischer Grundrechtsschutz

Herausgegeben von Prof. Dr. Christoph Grabenwarter
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0974-5, Erscheint Oktober 2013

Band 3: Europäisches Rechtsschutz- und Verfahrensrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Stefan Leible und Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0975-2, Erscheint November 2013

Band 4: Europäisches Wirtschaftsordnungsrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0976-9, Erscheint Oktober 2013

Band 5: Europäisches Sektorales Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Matthias Ruffert
824 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 100,80, Einzelpreis EUR [A] 127,50
ISBN 978-3-7089-0968-4, bereits erschienen

Band 6: Europäisches Privat- und Unternehmensrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Christoph Teichmann
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0977-6, Erscheint ca. 3. Quartal 2013

Band 7: Europäisches Arbeits- und Sozialrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. h.c. Monika Schlachter und Prof. Dr. Hans Michael Heintig
2014, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0978-3, Erscheint ca. 4. Quartal 2014

Band 8: Europäische Querschnittspolitiken

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard W. Wegener
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0979-0, Erscheint ca. 3. Quartal 2013

Band 9: Europäisches Straf- und Polizeirecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Martin Böse
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0980-6, Erscheint Juni 2013

Band 10: Europäische Außenbeziehungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Andreas von Arnault
2013, ca. 1.000 S., geb., Vorzugspreis EUR [A] 131,60, Einzelpreis ca. EUR [A] 152,20
ISBN 978-3-7089-0981-3, Erscheint Oktober 2013

www.facultas.at/verlag

facultas.wuv

